

Gesetzesbeschluss

des Landtags

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2017/2018 (BVAnpGBW 2017/2018)

Der Landtag hat am 25. Oktober 2017 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2017/2018

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamtinnen und Beamten des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
2. die Richterinnen und Richter des Landes,
3. die Empfängerinnen und Empfänger von Amtsbezügen des Landes und
4. die Auszubildenden in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen.

Ausgenommen sind die Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten und die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Landes.

(2) Dieses Gesetz gilt auch für die Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen aus dem in Absatz 1 genannten Personenkreis sowie für Anspruchsberechtigte auf Alters- und Hinterbliebenengeld.

(3) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2

Besoldungsanpassung 2017

(1) Es erhöhen sich

1. um 1,8 Prozent

- a) die Grundgehaltssätze,
- b) die Leistungsbezüge, die nach § 38 Absatz 3 oder 5 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg (LBesGBW) an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen,
- c) der Familienzuschlag einschließlich des Anrechnungsbetrages,
- d) die Amtszulagen sowie die Strukturzulage und
- e) die Stundensätze der Mehrarbeitsvergütung sowie

2. um 35 Euro die Anwärtergrundbeträge.

Die Grundgehaltssätze werden mindestens um einen Prozentsatz erhöht, der einem Erhöhungsbetrag von 75 Euro entspricht, jedoch um 0,2 Prozentpunkte vermindert ist.

(2) Absatz 1 Nummer 1 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze, die Höchstbeträge für Zuschüsse zum Grundgehalt sowie für festgesetzte Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
2. die in den Vorbemerkungen der Anlage II zum Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3435, 3474) in
 - a) Nummern 1 und 2 in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt und
 - b) Nummer 2b geregelte allgemeine Stellenzulage sowie
3. die Amtszulagen in Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

Für die Grundgehaltssätze in Satz 1 Nummer 1 gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend.

(3) Der Erhöhungssatz nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ist nach § 17 Absatz 2 Satz 1 LBesGBW um 0,2 Prozent vermindert.

(4) Die Erhöhung erfolgt zum 1. März 2017.

§ 3

Besoldungsanpassung 2018

(1) Es erhöhen sich

1. um 2,675 Prozent

- a) die Grundgehaltssätze,
- b) die Leistungsbezüge, die nach § 38 Absatz 3 oder 5 LBesGBW an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen,
- c) der Familienzuschlag einschließlich des Anrechnungsbetrages,
- d) die Amtszulagen sowie die Strukturzulage und
- e) die Stundensätze der Mehrarbeitsvergütung sowie

2. um 35 Euro die Anwärtergrundbeträge.

(2) Absatz 1 Nummer 1 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze, die Höchstbeträge für Zuschüsse zum Grundgehalt sowie für festgesetzte Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,

2. die in den Vorbemerkungen der Anlage II zum Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3435, 3474) in

- a) Nummern 1 und 2 in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt und
- b) Nummer 2 b geregelte allgemeine Stellenzulage sowie

3. die Amtszulagen in Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(3) Die Erhöhung erfolgt zum 1. Juli 2018. Abweichend von Satz 1 erfolgt die Erhöhung für den Familienzuschlag einschließlich des Anrechnungsbetrages zum 1. März 2018.

§ 4

Versorgungsanpassung 2017

(1) Für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen gilt die Erhöhung nach § 2 für die dort aufgeführten Bezügebestandteile entsprechend, sofern diese Grundlage der Versorgung sind.

(2) Die Erhöhung nach § 2 gilt weiterhin entsprechend für

1. andere Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist, und

2. Grundvergütungen.

(3) § 19 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 3 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg (LBeamTVGBW) findet bei den Erhöhungen nach Absatz 1 und 2 entsprechende Anwendung.

(4) Absatz 3 gilt weder für die Empfängerinnen und Empfänger von Übergangsgeld nach § 64 LBeamTVGBW noch für die Empfängerinnen und Empfänger eines Unterhaltsbeitrags durch Gnadenerweis oder Disziplinarentscheidung, welcher sich in einem Prozentsatz der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmt. In den in Satz 1 genannten Fällen werden die der Berechnung zugrunde liegenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge um den Faktor 0,96 angepasst.

(5) Bei Empfängerinnen und Empfängern von Versorgungsbezügen, denen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung oder ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 5 bis A 8 des LBesGBW zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. März 2017 um 58,91 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a oder b der Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung oder eine Strukturzulage nach § 46 LBesGBW bei Beginn des Ruhestandes nicht zugrunde gelegen hat.

(6) Die Erhöhung gilt nicht für den Ausgleichsbetrag nach § 102 Absatz 3 Satz 1 LBeamTVGBW.

§ 5

Versorgungsanpassung 2018

(1) Für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen gilt die Erhöhung nach § 3 für die dort aufgeführten Bezügebestandteile entsprechend, sofern diese Grundlage der Versorgung sind.

(2) Die Erhöhung nach § 3 gilt weiterhin entsprechend für

1. andere Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist, und

2. Grundvergütungen.

(3) § 19 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 3 LBeamTVGBW findet bei den Erhöhungen nach Absatz 1 und 2 entsprechende Anwendung.

(4) Absatz 3 gilt weder für die Empfängerinnen und Empfänger von Übergangsgeld nach § 64 LBeamTVGBW

noch für die Empfängerinnen und Empfänger eines Unterhaltsbeitrags durch Gnadenerweis oder Disziplinarentscheidung, welcher sich in einem Prozentsatz der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmt. In den in Satz 1 genannten Fällen werden die der Berechnung zugrunde liegenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge um den Faktor 0,96 angepasst.

(5) Bei Empfängerinnen und Empfängern von Versorgungsbezügen, denen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung oder ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 5 bis A 8 des LBesGBW zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Juli 2018 um 60,49 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a oder b der Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung oder eine Strukturzulage nach § 46 LBesGBW bei Beginn des Ruhestandes nicht zugrunde gelegen hat.

(6) Die Erhöhung gilt nicht für den Ausgleichsbetrag nach § 102 Absatz 3 Satz 1 LBeamtVGBW.

§ 6

Anpassung des Alters- und Hinterbliebenengeldes 2017/2018

Für das Alters- und Hinterbliebenengeld sind § 4 Absatz 1 bis 3 sowie § 5 Absatz 1 bis 3 entsprechend anzuwenden.

§ 7

Familienrechtlicher Versorgungsausgleich nach der Ehescheidung 2017

(1) Der Prozentsatz der Erhöhung der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge nach § 13 Absatz 2 Satz 2 und § 14 Absatz 2 Satz 1 LBeamtVGBW beträgt 1,7 Prozent; § 2 Absatz 4 findet entsprechende Anwendung.

(2) Für das Altersgeld ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

§ 8

Familienrechtlicher Versorgungsausgleich nach der Ehescheidung 2018

(1) Der Prozentsatz der Erhöhung der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge nach § 13 Absatz 2 Satz 2 und § 14 Absatz 2 Satz 1 LBeamtVGBW beträgt 2,575 Prozent; § 3 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung.

(2) Für das Altersgeld ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

Artikel 2

Aufhebung der Regelung über die besondere Eingangsbesoldung und sonstige Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Das Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 826), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 334, ber. S. 495) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 23 wird aufgehoben.
2. Die Anlagen 6 bis 13 und 15 erhalten die aus dem Anhang 1 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 3

Änderung der Erschwerniszulagenverordnung Baden-Württemberg

Die Erschwerniszulagenverordnung Baden-Württemberg vom 30. November 2010 (GBl. S. 994), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 334, 339, ber. S. 495) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 1 Nummer 2 und 4 sowie in § 6 Absatz 1 Nummer 2 und 4 wird jeweils die Angabe „3,29 Euro“ durch die Angabe „3,35 Euro“ ersetzt.
2. In § 13 wird die Angabe „1,58 Euro“ durch die Angabe „1,61 Euro“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz Baden-Württemberg vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 911), das zuletzt durch Artikel 18 der Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99, 101) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 67 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„Der Pflegezuschlag beträgt für jeden Monat der Zeit der Pflege 2,44 Euro.“
 - b) In Absatz 3 Satz 3 werden die Wörter „die Hälfte der in Absatz 2 genannten Beträge, höchstens jedoch“ gestrichen.
2. § 95 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„Der Pflegezuschlag beträgt für jeden Monat der Zeit der Pflege 2,44 Euro.“

- b) In Absatz 3 Satz 3 werden die Wörter „die Hälfte der in Absatz 2 genannten Beträge, höchstens jedoch“ gestrichen.

Artikel 5

Weitere Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg in 2017

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz Baden-Württemberg vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 911), das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 66 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „92,69 Euro“ durch die Angabe „94,36 Euro“ ersetzt.
- b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1 wird die Angabe „0,87 Euro“ durch die Angabe „0,89 Euro“ ersetzt.
- bb) In Nummer 2 wird die Angabe „0,64 Euro“ durch die Angabe „0,65 Euro“ ersetzt.
- c) In Absatz 6 Satz 2 wird die Angabe „2,58 Euro“ durch die Angabe „2,63 Euro“ ersetzt.

2. § 67 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird die Angabe „2,44 Euro“ durch die Angabe „2,48 Euro“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Angabe „0,87 Euro“ durch die Angabe „0,89 Euro“ ersetzt.

3. § 95 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird die Angabe „2,44 Euro“ durch die Angabe „2,48 Euro“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Angabe „0,87 Euro“ durch die Angabe „0,89 Euro“ ersetzt.

Artikel 6

Weitere Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Die Anlagen 6 bis 13 und 15 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 826), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, erhalten die aus dem Anhang 2 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 7

Weitere Änderung der Erschwerniszulagenverordnung Baden-Württemberg

Die Erschwerniszulagenverordnung Baden-Württemberg vom 30. November 2010 (GBl. S. 994), die zuletzt durch Artikel 3 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 1 Nummer 2 und 4 sowie in § 6 Absatz 1 Nummer 2 und 4 wird jeweils die Angabe „3,35 Euro“ durch die Angabe „3,44 Euro“ ersetzt.
2. In § 13 wird die Angabe „1,61 Euro“ durch die Angabe „1,65 Euro“ ersetzt.

Artikel 8

Weitere Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg in 2018

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz Baden-Württemberg vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 911), das zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 66 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „94,36 Euro“ durch die Angabe „96,88 Euro“ ersetzt.
- b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
- aa) In Nummer 1 wird die Angabe „0,89 Euro“ durch die Angabe „0,91 Euro“ ersetzt.
- bb) In Nummer 2 wird die Angabe „0,65 Euro“ durch die Angabe „0,67 Euro“ ersetzt.
- c) In Absatz 6 Satz 2 wird die Angabe „2,63 Euro“ durch die Angabe „2,70 Euro“ ersetzt.

2. § 67 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird die Angabe „2,48 Euro“ durch die Angabe „2,55 Euro“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Angabe „0,89 Euro“ durch die Angabe „0,91 Euro“ ersetzt.

3. § 95 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird die Angabe „2,48 Euro“ durch die Angabe „2,55 Euro“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Angabe „0,89 Euro“ durch die Angabe „0,91 Euro“ ersetzt.

Artikel 9

Berechnungsvorschriften

Bei der Berechnung der Erhöhungen sind sich ergebende Bruchteile eines Cents unter 0,5 abzurunden und Bruchteile von 0,5 und mehr aufzurunden.

Artikel 10

Einmalzahlung im Jahr 2018

(1) Im Geltungsbereich des Artikels 1 § 1 vorhandene

1. Beamtinnen und Beamte mit Anspruch auf Dienstbezüge in den in Absatz 3 genannten Besoldungsgruppen,
2. Anwärterinnen und Anwärter mit Anspruch auf Anwärterbezüge,
3. Auszubildende in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen mit Anspruch auf Unterhaltsbeihilfe, denen nach einer auf der Grundlage von § 88 Satz 7 LBesGBW erlassenen Rechtsverordnung Einmalzahlungen gewährt werden,

erhalten eine Einmalzahlung, wenn sie an mindestens einem Tag im Monat März 2018 anspruchsberechtigt sind.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen, Alters- und Hinterbliebenengeld.

(3) Die Einmalzahlung beträgt für:

1. Anwärterinnen und Anwärter sowie Berechtigte nach Absatz 1 Nummer 3 140 Euro,
2. Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 9 400 Euro,
3. Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen A 10 und A 11 100 Euro.

(4) § 8 Absatz 1 und § 9 Absatz 1 Satz 1 LBesGBW gelten entsprechend. Maßgebend sind die Verhältnisse des ersten Tages im Monat März 2018, für den Bezüge, Anwärterbezüge oder eine Unterhaltsbeihilfe zustehen.

(5) Die Einmalzahlung wird jeder berechtigten Person nur einmal gewährt; der Anspruch richtet sich gegen den Dienstherrn, der die Bezüge an dem Stichtag nach Absatz 4 Satz 2 zu zahlen hat. Der Zahlung stehen Einmalzahlungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst gleich.

(6) Am 1. März 2018 vorhandene Empfängerinnen und Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, Altersgeld oder Hinterbliebenengeld aus den in Absatz 3 genannten Besoldungsgruppen mit Ausnahme der Empfängerinnen und Empfänger eines Unterhaltsbeitrags durch Gnadenerweis oder Disziplinentcheidung und Emp-

fängerinnen und Empfänger von Übergangsgeld nach § 64 LBeamtVGBW erhalten die in Absatz 3 genannte Einmalzahlung nach dem jeweils maßgebenden Ruhegehalts- oder Altersgeldsatz und den Anteilsätzen des Witwen-, Waisen- oder Hinterbliebenengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages. Für die Berechnung der Einmalzahlung für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Besoldungsgruppen A 1 bis A 4, A 4F und A 5F ist der in Absatz 3 genannte Betrag der Einmalzahlung für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen A 5 bis A 9 zugrunde zu legen. Zu den laufenden Versorgungsbezügen gehört auch der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Absatz 3 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666). Bei Empfängerinnen und Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz.

(7) Der Anspruch aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Empfängerin oder Empfänger von Versorgungsbezügen, Altersgeld oder Hinterbliebenengeld vor. Der Anspruch aus einem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem Rechtsverhältnis als Empfängerin oder Empfänger von Altersgeld oder Hinterbliebenengeld vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt oder Altersgeld mit Hinterbliebenenversorgung bemisst sich die Einmalzahlung nach dem Ruhegehalt beziehungsweise nach dem Altersgeld; sie wird neben dem Ruhegehalt beziehungsweise dem Altersgeld gezahlt. Der Anspruch aus einem Rechtsverhältnis als Altersgeldempfängerin oder Altersgeldempfänger geht dem Anspruch aus einem Rechtsverhältnis als Hinterbliebenengeldempfängerin oder -empfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis vor. Bleibt die Einmalzahlung nach den Sätzen 1 bis 5 hinter dem Betrag der Einmalzahlung aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zurück, so wird der Differenzbetrag berechnet. Dieser wird wie eine Einmalzahlung aus dem nachrangigen Rechtsverhältnis gewährt.

(8) Die Zahlung bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt; Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung sind nicht anzuwenden.

Artikel 11

Inkrafttreten, Aufhebung von Vorschriften

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 2017 in Kraft, soweit in den Absätzen 2 bis 6 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 2 Nummer 1 tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

(3) Artikel 4 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft.

(4) Artikel 6 und 10 treten am 1. März 2018 in Kraft.

(5) Artikel 7 und 8 treten am 1. Juli 2018 in Kraft.

(6) Artikel 1 Nummer 21 und 22 sowie Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 18. Juli 2017 (GBl. S. 334, ber. S. 495) werden mit Wirkung vom 1. August 2017 aufgehoben.

Anhang 1 zu Artikel 2 Nummer 2 (Anlagen 6 bis 13 und 15 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg):

Anlage 6
(zu § 28)

Gültig ab 1. März 2017

Landesbesoldungsordnung AGrundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5	2.165,81	2.236,22	2.290,93	2.345,61	2.400,34	2.455,02	2.509,75	2.564,45	2.619,17	2.673,87	4-Jahres-Rhythmus	
A 6	2.212,04	2.272,10	2.332,17	2.392,24	2.452,28	2.512,36	2.572,44	2.632,49	2.692,54	2.752,58		
A 7	2.299,82	2.353,82	2.429,40	2.505,00	2.580,55	2.656,13	2.731,75	2.785,69	2.839,69	2.893,69		
A 8		2.430,53	2.495,08	2.591,96	2.688,79	2.785,64	2.882,54	2.947,10	3.011,66	3.076,26	3.140,80	
A 9		2.575,51	2.639,06	2.742,43	2.845,79	2.949,16	3.052,52	3.123,60	3.194,68	3.265,73	3.336,81	
A 10		2.758,53	2.846,84	2.979,26	3.111,71	3.244,17	3.376,63	3.466,47	3.556,79	3.647,12	3.737,43	
A 11			3.147,17	3.282,90	3.419,09	3.557,92	3.696,76	3.789,34	3.883,16	3.977,61	4.072,04	4.166,44
A 12				3.533,38	3.698,89	3.865,38	4.034,20	4.146,77	4.259,32	4.371,90	4.484,47	4.597,04
A 13					4.136,91	4.319,23	4.501,55	4.623,11	4.744,65	4.866,22	4.987,80	5.109,33
A 14					4.396,19	4.632,63	4.869,06	5.026,68	5.184,32	5.341,92	5.499,56	5.657,20
A 15						5.087,73	5.347,66	5.555,63	5.763,57	5.971,56	6.179,51	6.387,49
A 16						5.612,22	5.912,86	6.153,41	6.393,94	6.634,43	6.874,95	7.115,46

Anlage 7
(zu § 28)

Gültig ab 1. März 2017

Landesbesoldungsordnung BGrundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.387,49
B 2	7.419,76
B 3	7.856,78
B 4	8.314,48
B 5	8.839,61
B 6	9.335,50
B 7	9.817,88
B 8	10.320,61
B 9	10.944,85
B 10	12.883,39
B 11	13.383,00

Anlage 8
(zu § 35)

Gültig ab 1. März 2017

Landesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
R 1	4.228,49	4.324,48	4.572,10	4.819,69	5.067,28	5.314,91	5.562,53	5.810,11	6.057,73	6.305,34	6.552,94
R 2			5.164,81	5.412,38	5.660,02	5.907,62	6.155,23	6.402,85	6.650,40	6.898,03	7.145,61

R 3	7.856,78
R 4	8.314,48
R 5	8.839,61
R 6	9.335,50
R 7	9.817,88
R 8	10.320,61

Anlage 9
(zu § 37)

Gültig ab 1. März 2017

Landesbesoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.781,14	6.020,53	6.834,44

Anlage 10
(zu § 99)

Gültig ab 1. März 2017

Landesbesoldungsordnung C kw

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.594,79	3.653,98	3.773,14	3.893,79	4.015,37	4.136,91	4.258,45	4.380,00	4.501,55	4.623,11	4.744,65	4.866,22	4.987,80	5.109,33	
C 2	3.542,21	3.732,14	3.924,16	4.117,88	4.311,59	4.505,30	4.699,04	4.892,74	5.086,45	5.280,17	5.473,88	5.667,58	5.861,31	6.055,03	6.248,75
C 3	3.887,73	4.107,08	4.326,42	4.545,79	4.765,12	4.984,47	5.203,78	5.423,14	5.642,47	5.861,84	6.081,17	6.300,50	6.519,85	6.739,18	6.958,53
C 4	4.920,38	5.140,86	5.361,35	5.581,85	5.802,38	6.022,86	6.243,35	6.463,80	6.684,31	6.904,79	7.125,32	7.345,78	7.566,26	7.786,76	8.007,26

Anlage 11
(zu § 79)

Gültig ab 1. März 2017

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1.157,89
A 9 bis A 11	1.213,78
A 12	1.358,53
A 13	1.391,46
A 13 mit Strukturzulage	1.427,62

Anlage 12
(zu § 40 und § 41)

Gültig ab 1. März 2017

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Ehebezogener Teil des Familienzuschlags	139,31
kinderbezogener Teil des Familienzuschlags	
für das erste und zweite Kind jeweils	121,81
für das dritte und jedes weitere Kind jeweils	367,76
Anrechnungsbetrag nach § 40 Satz 3	63,63

Anlage 13

(zu §§ 43 bis 46 sowie zu den Fußnoten der Landesbesoldungsordnungen)

Gültig ab 1. März 2017

Amtszulagen und Strukturzulage
(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Rechtsgrundlage Landesbesoldungsgesetz, Landesbesoldungsordnungen		Betrag in Euro, Prozentsatz
§ 44		228,28
§ 45	Absatz 1	345,25
	Absatz 2	172,63
§ 46	a) Beamte des mittleren Dienstes	
	aa) in den Bes.Gr. A 5 bis A 8	21,07
	bb) in den Bes.Gr. A 9 bis A 11	82,42
	b) Beamte des gehobenen Dienstes nach § 24 Nr. 2 und 3	91,57
	c) Beamte des höheren Dienstes in der Bes.Gr. A 13 und der Bes.Gr. C 1 kw	91,57
Landesbesoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5	1 und 4	72,55
	3	39,34
A 6	1	39,34
A 7	3	50 Prozent des jeweiligen Unterschiedsbetrags zum Grundgehalt der Bes.Gr. A 8
A 8	2	137,40
A 9	1 und 4	292,95
	5	137,40
A 10	1	107,12
A 11	3	204,09
A 12	2	170,16
A 13	4	115,08
	5	204,09
	9 und 10	297,68
A 14	1 und 3	204,09
A 15	1	204,09
	6	136,07
	7	340,09
	8	345,25
A 16	7	228,28
Landesbesoldungsordnung R		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
R 1	1	225,66
	2 bis 5	345,25
R 2	1	225,66
	4 bis 10	345,25
R 3	1 und 5	345,25
Landesbesoldungsordnungen A, B, C und W Künftig wegfallende Ämter (kw)		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5 (kw)	2	39,34
A 9 (kw)	1	292,95
A 11 (kw)	4	204,09
A 13 (kw)	4	204,09
	6	115,08
A 14 (kw)	2 und 4	204,09
	3	300,04
A 15 (kw)	1	136,07
	2	428,95
	3	532,74
	4	204,09
B 3 (kw)	1	272,08

Anlage 15
(zu § 65)

Gültig ab 1. März 2017

Mehrarbeitsvergütung
(Stundensätze in Euro)

Mehrarbeit außerhalb des Schuldienstes	
Besoldungsgruppen	
A 5 bis A 8	14,52
A 9 bis A 12	19,94
A 13 bis A 16	27,49
Mehrarbeit im Schuldienst	
Beamte des gehobenen Dienstes, deren Eingangsamt unterhalb der Besoldungsgruppe A 12 liegt	18,55
Beamte des gehobenen Dienstes mit Eingangsamt A 12	22,97
Beamte des gehobenen Dienstes mit Eingangsamt A 13	27,28
Beamte des höheren Dienstes	31,88

Diese Beträge gelten auch für Beamte vergleichbarer Besoldungsgruppen, die der Landesbesoldungsordnung R oder der Landesbesoldungsordnung C kw angehören.

Anhang 2 zu Artikel 6 (Anlagen 6 bis 13 und 15 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg):

Anlage 6
(zu § 28)

Gültig ab 1. Juli 2018

Landesbesoldungsordnung AGrundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5	2.223,75	2.296,04	2.352,21	2.408,36	2.464,55	2.520,69	2.576,89	2.633,05	2.689,23	2.745,40		
A 6	2.271,21	2.332,88	2.394,56	2.456,23	2.517,88	2.579,57	2.641,25	2.702,91	2.764,57	2.826,21		
A 7	2.361,34	2.416,78	2.494,39	2.572,01	2.649,58	2.727,18	2.804,82	2.860,21	2.915,65	2.971,10		
A 8		2.495,55	2.561,82	2.661,29	2.760,72	2.860,16	2.959,65	3.025,93	3.092,22	3.158,55	3.224,82	
A 9		2.644,40	2.709,65	2.815,79	2.921,91	3.028,05	3.134,17	3.207,16	3.280,14	3.353,09	3.426,07	
A 10		2.832,32	2.922,99	3.058,96	3.194,95	3.330,95	3.466,95	3.559,20	3.651,93	3.744,68	3.837,41	
A 11			3.231,36	3.370,72	3.510,55	3.653,09	3.795,65	3.890,70	3.987,03	4.084,01	4.180,97	4.277,89
A 12				3.627,90	3.797,84	3.968,78	4.142,11	4.257,70	4.373,26	4.488,85	4.604,43	4.720,01
A 13					4.247,57	4.434,77	4.621,97	4.746,78	4.871,57	4.996,39	5.121,22	5.246,00
A 14					4.513,79	4.756,55	4.999,31	5.161,14	5.323,00	5.484,82	5.646,67	5.808,53
A 15						5.223,83	5.490,71	5.704,24	5.917,75	6.131,30	6.344,81	6.558,36
A 16						5.762,35	6.071,03	6.318,01	6.564,98	6.811,90	7.058,85	7.305,80

Anlage 7
(zu § 28)

Gültig ab 1. Juli 2018

Landesbesoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.558,36
B 2	7.618,24
B 3	8.066,95
B 4	8.536,89
B 5	9.076,07
B 6	9.585,22
B 7	10.080,51
B 8	10.596,69
B 9	11.237,62
B 10	13.228,02
B 11	13.741,00

Anlage 8
(zu § 35)

Gültig ab 1. Juli 2018

Landesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	Stufe										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
R 1	4.341,60	4.440,16	4.694,40	4.948,62	5.202,83	5.457,08	5.711,33	5.965,53	6.219,77	6.474,01	6.728,23
R 2			5.302,97	5.557,16	5.811,43	6.065,65	6.319,88	6.574,13	6.828,30	7.082,55	7.336,76

R 3	8.066,95
R 4	8.536,89
R 5	9.076,07
R 6	9.585,22
R 7	10.080,51
R 8	10.596,69

Anlage 9
(zu § 37)

Gültig ab 1. Juli 2018

Landesbesoldungsordnung W

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.909,04	6.181,58	7.017,26

Anlage 10
(zu § 99)

Gültig ab 1. Juli 2018

Landesbesoldungsordnung C kw

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3.629,35	3.751,72	3.874,07	3.997,95	4.122,78	4.247,57	4.372,36	4.497,17	4.621,97	4.746,78	4.871,57	4.996,39	5.121,22	5.246,00	
C 2	3.636,96	3.831,97	4.029,13	4.228,03	4.426,93	4.625,82	4.824,74	5.023,62	5.222,51	5.421,41	5.620,31	5.819,19	6.018,10	6.217,00	6.415,90
C 3	3.991,73	4.216,94	4.442,15	4.667,39	4.892,59	5.117,80	5.342,98	5.568,21	5.793,41	6.018,64	6.243,84	6.469,04	6.694,26	6.919,45	7.144,67
C 4	5.052,00	5.278,38	5.504,77	5.731,16	5.957,59	6.183,97	6.410,36	6.636,71	6.863,12	7.089,49	7.315,92	7.542,28	7.768,66	7.995,06	8.221,45

Anlage 11
(zu § 79)

Gültig ab 1. Juli 2018

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1.192,89
A 9 bis A 11	1.248,78
A 12	1.393,53
A 13	1.426,46
A 13 mit Strukturzulage	1.462,62

Anlage 12
(zu § 40 und § 41)

Gültig ab 1. März 2018

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

Ehebezogener Teil des Familienzuschlags	143,04
kinderbezogener Teil des Familienzuschlags	
für das erste und zweite Kind jeweils	125,07
für das dritte und jedes weitere Kind jeweils	377,60
Anrechnungsbetrag nach § 40 Satz 3	
	65,33

Anlage 13
(zu §§ 43 bis 46 sowie zu den Fußnoten der Landesbesoldungsordnungen)

Gültig ab 1. Juli 2018

Amtszulagen und Strukturzulage
(Monatsbeträge)
- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Rechtsgrundlage Landesbesoldungsgesetz, Landesbesoldungsordnungen		Betrag in Euro, Prozentsatz
§ 44		234,39
§ 45	Absatz 1	354,49
	Absatz 2	177,25
§ 46	a) Beamte des mittleren Dienstes	
	aa) in den Bes.Gr. A 5 bis A 8	21,63
	bb) in den Bes.Gr. A 9 bis A 11	84,62
	b) Beamte des gehobenen Dienstes nach § 24 Nr. 2 und 3	94,02
	c) Beamte des höheren Dienstes in der Bes.Gr. A 13 und der Bes.Gr. C 1 kw	94,02
Landesbesoldungsordnung A		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5	1 und 4	74,49
	3	40,39
A 6	1	40,39
A 7	3	50 Prozent des jeweiligen Unterschiedsbetrags zum Grundgehalt der Bes.Gr. A 8
	2	141,08
A 8	2	141,08
A 9	1 und 4	300,79
	5	141,08
A 10	1	109,99
A 11	3	209,55
A 12	2	174,71
A 13	4	118,16
	5	209,55
	9 und 10	305,64
A 14	1 und 3	209,55
A 15	1	209,55
	6	139,71
	7	349,19
	8	354,49
A 16	7	234,39
Landesbesoldungsordnung R		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
R 1	1	231,70
	2 bis 5	354,49
R 2	1	231,70
	4 bis 10	354,49
R 3	1 und 5	354,49
Landesbesoldungsordnungen A, B, C und W Künftig wegfallende Ämter (kw)		
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 5 (kw)	2	40,39
A 9 (kw)	1	300,79
A 11 (kw)	4	209,55
A 13 (kw)	4	209,55
	6	118,16
A 14 (kw)	2 und 4	209,55
	3	308,07
A 15 (kw)	1	139,71
	2	438,37
	3	546,99
	4	209,55
B 3 (kw)	1	279,36

Anlage 15
(zu § 65)

Gültig ab 1. Juli 2018

Mehrarbeitsvergütung
(Stundensätze in Euro)

Mehrarbeit außerhalb des Schuldienstes	
Besoldungsgruppen	
A 5 bis A 8	14,91
A 9 bis A 12	20,47
A 13 bis A 16	28,23
Mehrarbeit im Schuldienst	
Beamte des gehobenen Dienstes, deren Eingangsamt unterhalb der Besoldungsgruppe A 12 liegt	19,05
Beamte des gehobenen Dienstes mit Eingangsamt A 12	23,58
Beamte des gehobenen Dienstes mit Eingangsamt A 13	28,01
Beamte des höheren Dienstes	32,73

Diese Beträge gelten auch für Beamte vergleichbarer Besoldungsgruppen, die der Landesbesoldungsordnung R oder der Landesbesoldungsordnung C kw angehören.